

Beschluss LPT-2004-01

SPD-Landesparteitag am 29./30. Oktober 2004 in Aschersleben

Zukunft für Sachsen-Anhalt

Regierungsfähigkeit mit klarer Perspektive

Die SPD Sachsen-Anhalt bestimmt die Zukunftsdebatte in unserem Land. Nicht erst mit dem Papier „Sachsen-Anhalt 2020“ haben wir realistische und belastbare Rahmenbedingungen aufgezeigt und erste Antworten auf die vielfältigen, schwierigen und drängenden Zukunftsfragen gegeben. Damit stellen wir nicht nur erneut unsere Regierungsfähigkeit unter Beweis, sondern melden auch unseren Anspruch an, denn unser Land braucht klare Perspektiven und gute Zukunftsaussichten.

Der Leitantrag bildet die Grundlage für die Erarbeitung unseres Wahlprogramms zur Landtagswahl 2006, das wir auf einem Landesparteitag beschließen wollen. Wir wollen ein realistisches und zukunftsgerichtetes Politikangebot machen, das den Menschen die Probleme offen darstellt und über den Tag hinaus reichende Perspektiven anbietet. Dazu benötigen wir einen ausführlichen und breit angelegten Diskussionsprozess innerhalb unserer Partei und mit den Bürgerinnen und Bürgern. Der Landesvorstand wird deshalb eine Programmkommission einsetzen, die die Regionen ebenso wie die Fachpolitiker beteiligt. In öffentlichen Foren und Fachgesprächen wollen wir darüber hinaus mit externen Fachleuten über unsere Programmvorschläge beraten.

CDU und FDP stehen nicht für eine zukunftsgerichtete Politik in Sachsen-Anhalt, ebenso wenig wie die zunehmend populistischere PDS, die vor allem auf Protest setzt. Im Jahr 2006 muss die SPD wieder in Regierungsverantwortung. Dafür kämpfen wir mit einem ehrlichen Angebot an die Wähler.

Wir rücken die Themen Wirtschaft und Arbeit, Familie sowie Bildung und Forschung ins Zentrum. Dies bedeutet gleichzeitig den Verzicht auf manches bisher unumstrittene Projekt in anderen Politikbereichen, zum Beispiel bei der Infrastrukturentwicklung.

Unser Land ist unter Schwarz-Gelb nicht vorangekommen

Große Versprechen und markige Worte haben mit dazu beigetragen, dass CDU und FDP die letzte Landtagswahl für sich entschieden haben. Seither bestimmen eher Stillstand oder gar Rückschritt die Entwicklung unseres Landes. Wenn ein Ministerpräsident zwar Probleme anspricht, aber gleichzeitig keine energischen Schritte unternimmt sie zu lösen, verliert er seine Glaubwürdigkeit. Die derzeitige Landesregierung ist nur unzureichend in der Lage, das Alltagsgeschäft zu bewältigen. Höhere Arbeitslosigkeit, steigende Verschuldung, sinkende Investitionsausgaben, Sozialabbau ohne Perspektive, verschleppte Kommunal- und Gebietsreform sind Belege dafür. Diese Landesregierung hat keine Perspektive für unser Land. Wir kämpfen für einen Wechsel, der Zukunft eröffnet.

Unser Schwerpunkt: Die Chancen der heranwachsenden Generationen

Unser Hauptaugenmerk gilt der Zukunft der Jugend in Sachsen-Anhalt. Ihre Chancen sind die Chancen unseres Landes. Sie brauchen eine hochwertige, moderne Ausbildung und eine gute Perspektive in der Arbeitswelt. Auch deshalb ist uns an einer dynamischen Entwicklung unserer Wirtschaft gelegen. Alles, was wir in dieser Hinsicht tun, wird auch anderen Generationen zugute kommen.

Wir müssen erreichen, dass die Menschen gern hier leben und gern hier bleiben. Das ist auch nötig, weil die zurückgehende Bevölkerungszahl das gravierendste Zukunftsproblem ist.

Dem müssen wir uns aktiv stellen, in dem Bewusstsein, dass es in Sachsen-Anhalt zu differenzierter Entwicklung in den einzelnen Regionen kommen wird. Sowohl in Städten wie in ländlichen Regionen ist vor dem Hintergrund der Bevölkerungsschrumpfung ein Umbau nötig. Die entsprechenden Tendenzen und die daraus folgenden Probleme wirken nicht allein in Ostdeutschland. In ganz Deutschland und europaweit tritt ein demographischer Wandel ein, der kein historisches Vorbild kennt. Der Veränderungsdruck eröffnet, wenn der Wandel offensiv und schnell angegangen wird, aber auch Chancen. Je schneller die notwendigen Strukturveränderungen umgesetzt werden, um so eher wird das Land seine spezifischen Potentiale voll nutzen können. Hierbei wird hilfreich sein, dass die Menschen in Ostdeutschland bereit sind, sich dramatischen Wandlungen in ihren Regionen zu stellen und Erfahrungen im kreativen Umgang mit gegebenem Veränderungsdruck gemacht haben. Wenn es gelingt, diese Kreativität zu aktivieren, wird der notwendige Wandel gelingen. Dazu wollen wir die vor Ort vorhandenen Potentiale auch für originelle Lösungen fördern und unterstützen. Umbau muss insgesamt als Chance zur Steigerung von Lebensqualität begriffen werden. Gute und umfassende Bildung ist dabei für uns Schwerpunkt.

Die enger werdenden finanziellen Spielräume fordern von uns eine Prioritätensetzung. Darüber müssen wir offen reden. Wenn es um Zukunft geht, dann ist klar: Es geht um Arbeit, also um wirtschaftliche Entwicklung. Es geht um Familien. Es geht um Bildung, also um Kindereinrichtungen, Schulen, Hochschulen und Ausbildung. Die Zukunftsarbeitsgruppe der SPD Sachsen-Anhalt wird dazu weitere Antworten geben.

Die Wirtschaftsentwicklung positiv beeinflussen

Basis zukunftsorientierter sozialdemokratischer Politik ist vor allem die Entwicklung der Wirtschaft und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Erfolgreiche Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und Wachstum. Das wiederum bringt Steuereinnahmen und finanzielle Spielräume. Dieser Kreislauf ist in einer globalisierten Welt kein Automatismus, aber eine Bedingung gesellschaftlichen Fortschritts. In Sachsen-Anhalt gibt es bisher noch zu wenig erfolgreiche Unternehmen, die neue Arbeitsplätze schaffen. Unser Hauptaugenmerk liegt daher auf der Stärkung der bestehenden und auf der Ansiedlung neuer Unternehmen.

Aber auch hier zwingt die Haushaltslage zur Konzentration. Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik ist die Unterstützung von Investitionsvorhaben, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen oder Standorte dauerhaft sichern. Keine Region des Landes wird aus der Förderung einzelbetrieblicher Investitionen ausgeschlossen. Die Höchstförderung wird an inhaltliche Kriterien gebunden und ist auf deren Grundlage in allen Regionen möglich. Aber die Wachstumszentren in Sachsen-Anhalt sollen in besonderem Maße gefördert werden, um die Investitionsdynamik zu befördern. Infrastrukturentwicklung „auf Vorrat“ können wir uns nicht mehr leisten. Künftige Infrastrukturmaßnahmen müssen ausdrücklich auf ihre positiven Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft überprüft werden. Klar ist gleichzeitig, dass die großen strukturbestimmenden Projekte (etwa Nordverlängerung der A14, A 38, A 143, B6n) zügig verwirklicht werden müssen.

Wirtschaftlich erfolgreich wird unser Land nur sein, wenn es gelingt, die Innovationsfähigkeit der Unternehmen gezielt zu stärken. Aus diesem Grund müssen technologieorientierte Existenzgründungen und innovative Unternehmen besondere Unterstützung erfahren. Wir werden verstärkt Forschungsnetzwerke und die Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft fördern, vor allem in den Zukunftstechnologien.

Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik

Die SPD Sachsen-Anhalt hält die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung für notwendig. Die Zusammenführung zweier steuerfinanzierter Hilfesysteme wird mehr Menschen in Beschäftigung bringen, Kommunen und Arbeitsagenturen auf Dauer deutlich von Bürokratie entlasten und die Vermittlung verbessern.

Die gesetzliche Festlegung, dass jedem jungen Menschen unter 25 Jahren ein konkretes Arbeits- oder Qualifizierungsangebot gemacht werden muss, ist eine große Herausforderung und für die Jugendlichen eine große Chance. Im Osten Deutschlands aber sind besondere Anstrengungen und eine konsequente Evaluation der Umsetzung erforderlich, um die Reform zu einem Erfolg zu führen. Für die SPD Sachsen-Anhalt bedeutet diese Herausforderung auch eine besondere Verantwortung, deshalb werden wir unsere Kräfte dafür einsetzen, dass das richtige Prinzip „Fördern und Fordern“ auch in unserem Land zur Geltung kommen kann.

Wir brauchen deshalb zusätzliche Aktivitäten der Bundesagentur für Arbeit, des Landes, der Kommunen, der Unternehmen und der Verbände. Alle sind aufgerufen, die Möglichkeiten aktiver Arbeitsmarktpolitik zu nutzen und Arbeitsangebote zu unterbreiten. Dabei haben für uns Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt Priorität. Für Langzeitarbeitslose über 55 Jahre wollen wir die Weiterführung des von der SPD-Landesregierung 2001 entwickelten Programms „Aktiv zur Rente“. In der jetzigen angespannten Arbeitsmarktsituation kann auf den zweiten Arbeitsmarkt nicht verzichtet werden.

Trotz der derzeit hohen Arbeitslosigkeit wird es in spätestens fünf Jahren durch Abwanderung und demografische Entwicklungen zu einem verstärkten Fachkräftemangel kommen. Dem müssen wir vorausschauend begegnen. Wichtigstes Instrument ist hier die betriebliche Ausbildung. Noch gibt es in Sachsen-Anhalt deutlich zu wenige Ausbildungsplätze in diesem Bereich. Dies liegt vor allem daran, dass es in unserem Land zu wenig Unternehmen gibt. Die schwierige Ausbildungssituation wird sich erst gegen Ende des Jahrzehnts entspannen. Solange Betriebe nicht ausreichend ausbilden, müssen wir verstärkt die Verbundausbildung und betriebsübergreifende Koope-

rationen fördern. Die öffentliche Förderung des Bundes für zusätzliche Ausbildungsplätze muss erhalten bleiben.

Nur wenn die Chancen, die in den Arbeitsmarktreformen stecken, konsequent genutzt werden und bei der Umsetzung die besondere Situation der Menschen in Ostdeutschland berücksichtigt wird, können auch die Ängste der Bürgerinnen und Bürger abgebaut werden. Die SPD in Sachsen-Anhalt fühlt sich verpflichtet, die Belange des Ostens konsequent in die bundesdeutsche Diskussion einzubringen.

Förderung und Bildung bereits im Kindesalter

Kinder haben ein Recht auf umfassende und hochwertige Förderung und Bildung. Dies zu gewährleisten, ist gleichermaßen Aufgabe der Familien und der gesamten Gesellschaft. Eine vorausschauende Politik muss die Familien stärken und gleichzeitig die Kinderbetreuung und -förderung sowie altersgemäße Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche auf hohem Niveau sicherstellen.

Die SPD Sachsen-Anhalt spricht sich deshalb für eine Veränderung des geltenden Kinderförderungsgesetzes aus. Unser Vorschlag einer Erweiterung des Rechtsanspruches auf Teilzeitbetreuung von fünf auf sieben Stunden stellt eine verlässliche Lösung dar, die das Wohl der Kinder berücksichtigt, die dauerhaft finanzierbar ist und die Förderung der Kinder vom Status der Eltern unabhängig macht. Da CDU und FDP aber unseren Vorschlag nicht aufgegriffen haben, wird es zum Volksentscheid kommen. Dabei steht unsere Position nicht zur Abstimmung. Wir respektieren, dass unsere Mitglieder beim Volksentscheid die finanziellen Belastungen einerseits und die Bedeutung einer 10-stündigen Betreuung andererseits unterschiedlich gewichten.

Der vorschulischen Bildung messen wir eine hohe Bedeutung bei. Die Anforderungen an die Qualifikation von Erzieherinnen und Erziehern müssen daher steigen.

Kinderförderung ist aber nicht nur für die Jüngsten nötig. Seit dem Regierungswechsel sind neben den Einsparungen bei der institutionellen Kinderbetreuung und -förderung zusätzliche finanzielle Einschnitte in der offenen Kinder- und Jugendarbeit und in der Familienförderung beschlossen worden.

Für die SPD ist aber der Blick auf die Verbesserung und die Förderung von Lebenschancen bei Kindern und Jugendlichen aller Altersstufen wichtig. Deshalb streben wir für die Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit einschließlich Schulsozialarbeit und Hilfen für Familien ein integriertes Programm an. Darüber hinaus unterstützen wir aktiv die Bildung von Bündnissen für Familien in Kommunen und auf Landesebene.

Bildung und Ausbildung fördern

Das grundlegende Ziel unserer Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt besteht darin, jedem Kind und jedem Jugendlichen, unabhängig von der sozialen Herkunft, die individuell bestmögliche Bildung und Ausbildung zu ermöglichen. Hierfür bedarf es eines Bildungssystems, das Chancengleichheit und Durchlässigkeit gewährleistet. Das von der CDU/FDP-Landesregierung immer restriktiver organisierte gegliederte Schulsystem mit einer frühzeitigen Bildungswegetrennung wird diesen Ansprüchen nicht gerecht. Die Befunde der PISA-Studie und die sichtbaren Defizite des 1990 kritiklos

übernommenen gegliederten Schulsystems bestärken uns in der Auffassung, dass eine längere gemeinsame Schulzeit bessere Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen bereithält. Viele Kinder werden schon früh in ihren Bildungs- und Lebenschancen benachteiligt, weil es an individuellen Lern- und Betreuungsmöglichkeiten, anregenden Spiel- und Erlebnissituationen fehlt, die ihre Entwicklung positiv beeinflussen. Ganztagschulen bieten hier alle Voraussetzungen, um das Erziehen, Lehren und Bilden unter den veränderten gesellschaftlichen und sozialen Verhältnissen fruchtbar und effektiv zu gestalten. Das Angebot an Ganztagschulen ist deshalb weiter auszubauen. Leistungsdifferenzierungen sollten nicht durch Schulformen, sondern innerhalb der Schule erfolgen, um sozialer Stigmatisierung entgegenzuwirken.

Um den internationalen Anschluss zu halten, werden wir unser Schulsystem verbessern müssen. Dafür brauchen wir den klaren und eindeutigen Willen zur Veränderung, aber auch die Sensibilität der richtigen Schrittfolge im rechten Tempo. Eine derart grundlegende Bildungsreform sollte länderübergreifend vorbereitet und umgesetzt werden. Bis dahin benötigen die Schulen verbesserte Rahmenbedingungen, die sie stärker als bisher in die Lage versetzen, eine möglichst große Anzahl an verschiedenen Bildungsabschlüssen anzubieten. Diese Zielstellung gewinnt an Gewicht, da infolge des starken Schülerrückganges die Schulentwicklungspläne der Landkreise und kreisfreien Städte u. a. die Schließung jeder zweiten Sekundarschule vorsehen. Die Vereinfachung der Voraussetzungen zur Bildung von Gesamtschulen und von Schulverbänden kann im ländlichen Raum dazu beitragen, die teilweise über der Zumutbarkeitsgrenze liegenden Fahrzeiten zu reduzieren. Wenn die Schullaufbahnentscheidung von der Erreichbarkeit der gewünschten Schulform wesentlich beeinflusst wird, werden Bildungschancen eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund ist eine Absenkung der Richtwerte zur Schulgröße im ländlichen Raum notwendig und in Abstimmung mit den Schulträgern umzusetzen.

Zur Wahrnehmung von Bildungschancen zählt insbesondere ein schulischer Abschluss für alle Jugendlichen. Die hohe Anzahl von Schulabgängern ohne Abschluss ist ein gesellschaftliches Problem, das für den Einzelnen eine starke Einschränkung der Entfaltung der Persönlichkeit nach sich zieht und der Volkswirtschaft schadet. Hier muss ein Gesamtkonzept entwickelt und umgesetzt werden, das Schülerinnen und Schülern, die ihren Lernzugang über praxisorientierte Bildungsangebote finden, neue Möglichkeiten des Schulabschlusses bietet.

Die Verbesserung schulischer Arbeit wird auch davon abhängig sein, inwieweit es gelingt, den Schulen eine größere Eigenständigkeit zu übertragen. Da die Qualität der schulischen Bildung und Erziehung nicht nur von Art und Umfang der schulischen Angebote abhängt, sondern auch von den Bedingungen, unter denen Unterricht stattfindet, muss ein Schulsanierungsprogramm zur Unterstützung der Schulträger entwickelt werden. Die Finanzierung des Programms erfolgt aus Landesmitteln. Eine ergänzende private Finanzierung der Schulsanierung ist anzustreben und sollte in jedem Einzelfall nach festgelegten Kriterien erfolgen.

Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Sachsen-Anhalt

Mehr noch als das Schulsystem beeinflussen die Hochschulen die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Deshalb ist es erfreulich, dass die Zahl der

Studierenden, Absolventen und Promotionen in unserem Bundesland kontinuierlich ansteigt. In den bundesweiten Hochschulrankings belegen viele Fachbereiche unserer Universitäten und Fachhochschulen Spitzenplätze. Die SPD will die Attraktivität der Hochschulen in Sachsen-Anhalt in den kommenden Jahren weiter steigern. Die von der gegenwärtigen Landesregierung für die Hochschulen beschlossene Kürzung von zehn Prozent ab 2006 lehnen wir ab. Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sind nicht nur Gradmesser für eine zukunftsfähige Hochschulpolitik, sondern auch wesentliche Motoren für die Entwicklung der klein- und mittelständischen Wirtschaft. Darüber hinaus wirken sie gegen den Bevölkerungsschwund, indem sie insbesondere junge Leute im Land halten bzw. hierher holen. Wenn die Hochschulen in Sachsen-Anhalt auch zukünftig wettbewerbsfähig bleiben sollen, müssen sie verlässlich vom Staat finanziert werden und sich zusätzliche neue Finanzierungsquellen erschließen können. So soll zukünftig die Budgetzuweisung schrittweise an Indikatoren, wie Forschungsleistungen, Absolventenzahl, Serviceleistungen und Kooperationen geknüpft werden. Ob Studiengebühren ein geeigneter Weg sind, die finanzielle Situation der Hochschulen zu verbessern, werden wir ausführlich diskutieren. Dabei muss der Grundsatz gelten, dass die Aufnahme und Durchführung eines Studiums nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf.

In Anbetracht der Tatsache, dass die geburtenschwachen Jahrgänge ab 2009 die Hochschulen erreichen, werden wir in den nächsten Jahren geeignete Strategien erarbeiten, um einem Einbruch bei den Studienanfängern in Sachsen-Anhalt entgegenzuwirken.

Reform der Verwaltungs- und Kommunalstrukturen

Bei den heute notwendigen Schritten zur Modernisierung der Landes- und Kommunalverwaltungen besteht in Sachsen-Anhalt kein Erkenntnis-, sondern allein ein Umsetzungsproblem. Denn bereits in der letzten Wahlperiode wurden von unserer SPD-Landesregierung auf Grundlage des Leitbildes von 1999 die Voraussetzungen für eine Neuorganisation der Landesverwaltung und der kommunalen Strukturen sowie für die Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen beiden Ebenen geschaffen. Grundziele dieses Konzeptes sind eine umfassende Übertragung von Aufgaben auf kommunale Gebietskörperschaften, eine kommunale Gebietsreform mit grundsätzlichem Vorrang der Einheitsgemeinde, eine Kreisgebietsreform mit der Zielzahl von nachhaltig 150.000 Einwohnern pro Kreis und eine Stärkung der Städte durch Lösung der Stadt-Umland-Problematik. Denn ohne starke Städte gibt es keine starken Regionen.

Die jetzige Landesregierung hat es versäumt, eine Verwaltungs- und Kommunalreform mit den Kommunalwahlen 2004 in Kraft zu setzen. Sie hat kein vernünftiges und praktikables Konzept. Wir wollen unsere Reform zum schnellstmöglichen Zeitpunkt, möglichst zum 1. Januar 2007, realisieren. Notwendig ist auch eine Verringerung der Anzahl der Landesministerien. Mit dem Ziel einer bürgernahen und effizienten Verwaltung ist der Prozess der Verwaltungsmodernisierung durch den verstärkten Einsatz von E-Government zu begleiten.

Der finanzielle Druck auf Land und Kommunen wird angesichts zurückgehender Bevölkerungszahl und Steuereinnahmen weiter zunehmen. Wir müssen daher davon ausgehen, dass mit einer Halbierung der Zahl der Landkreise noch nicht dauerhaft tragfähige Strukturen gefunden sein werden. Die Diskussion über eine weiterge-

hende Verschlinkung von Gebietsstrukturen wollen wir insbesondere unter Beteiligung unserer kommunalen Amts- und Mandatsträger führen. Die Bildung von fünf Landkreisen entsprechend den Wirtschaftsregionen und ein zweistufiger Verwaltungsaufbau durch Abschaffung und Reduzierung weiterer Landesbehörden ist dabei eine Option. Langfristig sehen wir die Notwendigkeit einer Länderneugliederung in Deutschland.

Ein Abbau von Verwaltungsebenen wird mit dazu beitragen, dass sich die Personalausstattung von öffentlichen Bediensteten pro Einwohner an vergleichbare westdeutsche Flächenländer anpasst. Es gilt die Personalkosten nicht weiter anwachsen zu lassen. Das bedeutet in der konkreten Umsetzung, dass jährlich mindestens 2.000 Stellen im Landesdienst wegfallen müssen, um im Jahr 2020 bei rund 38.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst anzukommen. Diese Reduzierung kann nur gelingen, wenn Aufgabenverzicht, Entbürokratisierung und Aufgabenverlagerung nicht länger nur Worthülsen bleiben. Verbeamtungen wird es nur noch in den Bereichen Justiz, Polizei und der Leitungsebene der obersten Landesbehörden geben. Damit legen wir den Grundstein dafür, dass die nachwachsenden Generationen nicht von heute verursachten Pensionslasten erdrückt werden.

In diesem Zusammenhang ist uns eine allgemeine Reform des öffentlichen Dienstrechts wichtig, die zu mehr Flexibilität und leistungsgerechterer Bezahlung führt. Wir plädieren für einen einheitlichen Beschäftigungsstatus auf privatrechtlicher Grundlage. Mit Pilotcharakter möchten wir eine schnelle Liberalisierung des Dienstrechts im Hochschulbereich.

Positive Auswirkungen hat diese Entwicklung auch auf die konsumtiven Ausgaben: Weniger Personal bedeutet weniger Verwaltungsausgaben. Der Bevölkerungsentwicklung muss auch das Landesparlament durch weitere Verkleinerung Rechnung tragen.

Die künftigen finanziellen Spielräume sichern

Nirgendwo klafft bei der schwarz-gelben Landesregierung eine so große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit wie bei der Finanzpolitik. Da die Steuereinnahmen seit 2002 relativ stabil sind, ist dies Ergebnis politischer Fehlentscheidungen und handwerklicher Schwächen. Die SPD darf und wird die Fehler von CDU und FDP nicht wiederholen. Vor allem werden wir keine unrealistischen Erwartungen wecken.

Aus heutiger Sicht scheint es durch eine jährliche Rückführung der derzeitigen Nettoneuverschuldung um rund 200 Mio. Euro möglich, beginnend mit dem Jahr 2010 auf neue Schulden im Landeshaushalt zu verzichten. Anschließend ist es notwendig, die aufgelaufene Gesamtverschuldung in den folgenden Haushalten kontinuierlich zu reduzieren. Die damit verbundene – wenn auch zunächst geringe – Senkung der Zinsbelastung hilft, künftige Gestaltungsspielräume zu schaffen. Vor der gleichen Aufgabe stehen die Kommunen. Auch sie müssen ihre Verschuldung mittelfristig abbauen.

Der Konsolidierungsbedarf des Landeshaushaltes liegt in den nächsten 15 Jahren bei rund einem Drittel des Gesamthaushaltes, ca. 3 Mrd. €. Dies bleibt nicht ohne

gravierende Auswirkungen auf alles, was durch den Landeshaushalt finanziert wird. Bei den freiwilligen Leistungen des Landes soll deshalb eine Schwerpunktsetzung zugunsten der Jugend und ihrer Perspektiven erfolgen. Das heißt aber konkret, dass wir in familien-, jugend-, bildungs- und wirtschaftsrelevanten Bereichen weniger sparen, als in anderen Bereichen. Folglich muss in anderen Politikfeldern mehr gespart werden.

Die Konsolidierungsnotwendigkeit betrifft sowohl die Ausgabe- als auch die Einnahmeseite. Die Zuweisungen von Bund und EU werden sinken. Die Steuereinnahmen, die abhängig sind von einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung, dem Wirtschaftswachstum und der Steuergesetzgebung, werden daher unsere wichtigste Einnahmequelle.

Für eine moderne und gerechte Steuergesetzgebung

Wir plädieren für eine radikale Umgestaltung und Vereinfachung des Steuersystems mit dem klaren Ziel einer Erhöhung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte, um die wichtigsten Aufgaben auch künftig erfüllen zu können. Gleichzeitig muss das Steuersystem sozial gerecht und möglichst transparent sein. Wir wollen, dass auch größere Vermögen und Einkommen in ausreichendem Maße ihren Teil zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben beitragen. Wir sind für das Prinzip der Individualbesteuerung. Daraus folgend ist die Abschaffung des Ehegattensplittings zu prüfen. Gleichzeitig wollen wir eine stärkere Begünstigung von Familien mit Kindern und zwar unabhängig von der Lebensform. Auch müssen die Subventionstatbestände im Steuerrecht endlich klar definiert und, wo sinnvoll, reduziert werden. Im Gegenzug entlasten dann niedrigere Steuersätze alle Steuerzahler.

Anknüpfend an die Vorschläge der SPD Schleswig-Holsteins unterstützen wir eine progressive Erhöhung der Erbschaftssteuer bei hohen Freibeträgen. Wir plädieren für eine ernsthafte, offene Diskussion über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Im Rahmen einer Steuerharmonisierung in der EU muss auch die schrittweise Erhöhung der Mehrwertsteuer diskutiert werden, um die Lohnnebenkosten zu senken und so neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die sozialdemokratische Reformpolitik muss die Menschen mitnehmen

Während der 16-jährigen Regierungszeit von CDU/CSU und FDP im Bund wurde versäumt, Deutschland zukunftsgerecht umzugestalten. Das Ergebnis war ein Reformstau, den die rot-grüne Bundesregierung seit 1998 abbaut. Der mit der Agenda 2010 fortgesetzte Reformkurs eröffnet unserem Land die Chance, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft zu erhalten und damit den Menschen die Möglichkeit, auch in Zukunft in Wohlstand und sozialer Absicherung zu leben.

Zukünftig muss eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung verstärkt darauf achten, dass das Ziel und die große Linie - der „rote Faden“ - der Politik erkennbar ist, dass das soziale Gleichgewicht gewahrt bleibt und insbesondere die ostdeutschen Länder nicht zu den Verlierern notwendiger Modernisierungsprozesse gehören. Der Begriff der Gerechtigkeitslücke macht immer wieder die Runde. Viele wissen, dass es zu Veränderungen, zu Einschnitten kommen muss. Was sie verlangen,

ist eine Vision von sozialer Gerechtigkeit – und deren Umsetzung, auch wenn es zu Widerständen einflussreicher Lobbygruppen kommt.

Die Vorbehalte und der Protest von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber manchen Reformschritten haben sich derzeit verfestigt und müssen zu einer neuen Nachdenklichkeit führen. Die Bundesregierung muss dazu beitragen im Osten gemeinsam mit uns wieder das Vertrauen zu schaffen, das 1998 und 2002 maßgeblich zum Wahlerfolg der SPD beitrug. Ein wichtiges Signal kann und muss die offensive Diskussion über die Bürgerversicherung sein.

Die SPD Sachsen-Anhalt will auf bundespolitischer Ebene einen eigenen, vermittelnden Beitrag leisten: Wir kennen die Sorgen und Befürchtungen der Menschen vor Ort und werden diese in Berlin noch stärker als bisher zur Sprache bringen. Reformen, die zur Ausgrenzung und sozialem Abstieg für große Teile der Gesellschaft führen, wie sie von CDU und FDP gewollt werden, lehnen wir ab.

Der Aufbau Ost hat Priorität für ganz Deutschland

Die wirtschaftliche und soziale Lage in Ostdeutschland ist insgesamt nicht zufriedenstellend. Deutschland ist auch 15 Jahre nach der Wende ökonomisch geteilt. Die enormen Aufbauleistungen sind unübersehbar, dennoch wächst die Skepsis bei den Menschen, ob die bisherigen Strategien fortgesetzt werden sollten. Die SPD Sachsen-Anhalt fordert keine radikale Kurskorrektur beim Aufbau Ost, aber Veränderungen mit Augenmaß, etwa bei der Wirtschaftsförderung, der Infrastrukturentwicklung sowie bei Forschung und Entwicklung.

Unabdingbare Voraussetzung für den weiteren Aufbau unseres Landes ist jedoch die Sicherung der materiellen Basis. Wir fordern nicht mehr Geld als bisher, aber eine gesicherte Perspektive. Dazu gehören der Solidarpakt II ohne Abstriche, eine Fortführung der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auf hohem Niveau und die Investitionen in nachweislich notwendige zentrale Infrastrukturprojekte.

Dabei muss allen Beteiligten klar sein: Gelingt der Aufbau Ost dauerhaft, partizipieren auch die westlichen Bundesländer von der selbsttragenden Wertschöpfung und den angepassten Lebensbedingungen. Erfolge beim Aufbau Ost sind im gesamtdeutschen Interesse.

Wir wissen gleichzeitig, dass in Zeiten knapper werdender Mittel Verwaltungs- und Subventionsstrukturen in Frage gestellt werden müssen. Dies gilt - auch aus Gründen der innerdeutschen Solidarität - vor allem dort, wo wir über dem durchschnittlichen gesamtdeutschen Niveau liegen. Anpassungen sind beispielsweise bei den Verwaltungsstrukturen und der Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst notwendig.

Andererseits: Im Wettbewerb der Länder müssen wir unsere wichtigsten Standortvorteile erhalten. Dazu zählen etwa die Kinderförderung und das Hochschulsystem.

Mehr Offenheit wagen

Auf dem Weg zur Landtagswahl 2006 wollen wir einen breiten Diskurs in unserer Partei und in der Gesellschaft. Das hier vorgetragene Politikangebot wird danach in ein Programm zur Landtagswahl 2006 einfließen. Ausdrücklich zur Diskussion aufgefordert sind auch unsere politischen Gegner.

Unser Ziel ist es, das in der Oppositionszeit vorgelegte politische Programm in Regierungsverantwortung umzusetzen, um damit das Land Sachsen-Anhalt voranzubringen. Deshalb ist die Vorbereitung eines eigenen Regierungsprogramms zu Oppositionszeiten so wichtig. Wir stehen für eine von Fakten geleitete realistische Politik für Sachsen-Anhalt, ohne dabei unsere sozialdemokratischen Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aus den Augen zu verlieren. Diese realistische Politik muss von einer breiten politischen Mehrheit in der Partei, im Land und im Landtag getragen werden, um dauerhafte und ausgewogene Veränderungen durchzusetzen, die auch über Legislaturperioden hinaus Bestand haben.

Beschluss LPT-2004-02

SPD-Landesparteitag am 29./30. Oktober 2004 in Aschersleben

Feststellenprogramm fortsetzen

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, das Feststellenprogramm Sachsen-Anhalt im Bereich der freien Träger der Jugendarbeit mit einem Nachfolgeprogramm fortzusetzen. Die inhaltlichen Kriterien für die Förderung künftiger Feststellen sollen dabei auch darauf ausgerichtet sein, politische Bildungsträger mit freien Trägern gleichzustellen.

Beschluss LPT-2004-03

SPD-Landesparteitag am 29./30. Oktober 2004 in Aschersleben

Jugendsozialarbeit

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass durch die Landesregierung die Jugendsozialarbeit mindestens im Umfang des Jahres 2004 (auch mit Auslaufen des Feststellenprogramms) mittelfristig finanziell abgesichert wird.

Beschluss LPT-2004-04

SPD-Landesparteitag am 29./30. Oktober 2004 in Aschersleben

Fahrtkosten für Schulbusse

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, darauf zu drängen, dass Eltern keine Fahrtkosten für Schulbusse zur nächst gelegenen Schule zu leisten haben. Die jetzige Regelung soll beibehalten werden.

Beschluss LPT-2004-05

SPD-Landesparteitag am 29./30. Oktober 2004 in Aschersleben

Lehrstellenoffensive

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine wirksame Lehrstellenoffensive umzusetzen. Dabei ist Wert auf die Sicherung und breite Umsetzung des dualen Ausbildungssystems zu legen. Ausbildungswillige Betriebe sollen vorrangig unterstützt werden.

Beschluss LPT-2004-06

SPD-Landesparteitag am 29./30. Oktober 2004 in Aschersleben

Durchführung einer sorgfältigen Bedarfsüberprüfung zur Festlegung des Regelsatzes für die Zahlung des Arbeitslosengeldes II

Die SPD Sachsen-Anhalt fordert den Bundesparteitag, die Bundesregierung, speziell die Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass jährlich eine sorgfältige Bedarfsüberprüfung zur Festlegung der Höhe des Regelsatzes für die Zahlungen des Arbeitslosengeldes II durchgeführt wird und gegebenenfalls die Regelsätze erhöht und aneinander angeglichen werden.

Beschluss LPT-2004-07

SPD-Landesparteitag am 29./30. Oktober 2004 in Aschersleben

Fortzahlung der Renten- und Krankenversicherung für Nichtleistungsempfängerinnen und –empfänger in Bedarfsgemeinschaften

Die Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden beauftragt, bei der Evaluierung und Nachsteuerung des SGB II besonders die Situation der Nichtleistungsempfängerinnen und –empfänger in Bedarfsgemeinschaften in Bezug auf ihre Rentenbiografien und Krankenversicherung zu prüfen.

Eine Fortzahlung der Renten- und Krankenversicherung durch den Leistungserbringer ist anzustreben.

Beschluss LPT-2004-08

SPD-Landesparteitag am 29./30. Oktober 2004 in Aschersleben

Die Bürgerversicherung: Zukunftssicherung in der Finanzierung der medizinischen Versorgung

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt unterstützen nachdrücklich das Modell einer solidarischen Bürgerversicherung mit folgenden Eckpunkten:

1. Wir stärken die Solidarität in der Krankenversicherung, indem die Bürgerversicherung alle Bürgerinnen und Bürger versichert.
2. Wir sorgen für mehr Gerechtigkeit, weil nicht mehr nur Beiträge aus Erwerbseinkommen, sondern auch andere Einkünfte – z. B. aus Kapitalvermögen, Zinsen und Dividenden – einbezogen werden.
3. Jede Versicherung – ob gesetzliche oder private – muss jeden und jede aufnehmen. Es gilt der Wettbewerb um Qualität, um die besten medizinischen Angebote und die günstigsten Beiträge.
4. Im Leistungskatalog ist alles medizinisch Notwendige versichert.
5. Familienmitglieder ohne eigenes Einkommen werden beitragsfrei mitversichert.

Beschluss LPT-2004-09

SPD-Landesparteitag am 29./30. Oktober 2004 in Aschersleben

Weiterbildung der Ärzte auf dem Gebiet der Geriatrie

Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, eine parlamentarische Initiative zu ergreifen, die es ermöglicht, dass die Ärztekammer Sachsen-Anhalts verpflichtet wird, die Weiterbildung der in der Praxis tätigen Hausärzte und die in der Kassenärztlichen Vereinigung beschäftigten Ärzte auf dem Gebiet der Geriatrie zügig weiterzuführen. Ziel muss es sein, die bestehenden Wissenslücken rasch zu schließen.

Beschluss LPT-2004-10

SPD-Landesparteitag am 29./30. Oktober 2004 in Aschersleben

Mittel für altersgerechten Stadtumbau

Die SPD-Landtagsfraktion wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass verstärkt Mittel im Rahmen des Stadtumbaus für die Schaffung von bezahlbaren, alters- und behindertengerechten Wohnungen, sowie Wohnungen für Einpersonenhaushalte verwendet werden.

Beschluss LPT-2004-11

SPD-Landesparteitag am 29./30. Oktober 2004 in Aschersleben

Mitgliedschaft sozialdemokratischer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in der SGK Sachsen-Anhalt

1. Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten auf, Mitglied in der SGK zu werden.
2. Dies gilt auch für sozialdemokratische Landräte, OberbürgermeisterInnen, BürgermeisterInnen und Beigeordnete.

Beschluss LPT-2004-12

SPD-Landesparteitag am 29./30. Oktober 2004 in Aschersleben

Nein zur harten Quote – Rückbesinnung auf das Statut

Die SPD Sachsen-Anhalt spricht sich gegen die in den Satzungen und Richtlinien der AG der Jungsozialisten in der SPD vorhandene harte Quotenregelung aus und fordern deren Streichung und Ersatz durch die Regelungen der SPD in ihrem Statut.

Beschluss LPT-2004-13

SPD-Landesparteitag am 29./30. Oktober 2004 in Aschersleben

Grundsatzprogramm der SPD

1. Alle Gliederungen des Landesverbandes werden aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Diskussion und Erarbeitung des neuen Grundsatzprogrammes der SPD, das auf dem Bundesparteitag im Herbst 2005 verabschiedet werden soll, intensiv zu beteiligen.
2. Die Arbeitsgemeinschaften werden aufgefordert, auf der Grundlage der bisher vorhandenen Entwürfe und Papiere und darüber hinaus eigene Vorstellungen einzubringen, zu diskutieren und Diskussionsveranstaltungen vorzubereiten bzw. durchzuführen.
3. Die dem Landesverband angehörenden Mitglieder der Programmkommission werden aufgefordert, durch Verbreitung von Informationen, fachliche Unterstützung von Veranstaltungen und Vermittlung von Referenten den Diskussionsprozess im Landesverband zu unterstützen.
4. Der Landesvorstand wird beauftragt, rechtzeitig alle Aktivitäten im Zusammenhang mit der Programmdiskussion im Landesverband zu unterstützen, zu koordinieren und durch eigene Planungen sowie Veranstaltungen zu fördern.

